

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

Aus den Lannen

Fernsprecher
Nr. 11

Amisblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Preis: 40 Pfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Pfennige. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 3 Mark. Fernsprecher Nr. 11. Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 135

Altensteig, Freitag den 12. Juni.

Jahrgang 1925

In Erwartung der Sicherheitsnote

Die französische Antwort auf das deutsche Sicherheitsangebot wird angekündigt. Chamberlain und Briand sind sich nach langwierigen Vorverhandlungen in Genf über sie einig geworden. Wir müssen also die zu erwartende Note, wenn sie auch nur die Unterschrift der französischen Regierung tragen wird, doch als eine gemeinsame Antwort Frankreichs und Englands auffassen. In der französischen Presse heißt es, es werde uns nur schwer sein, die Vorschläge abzulehnen, weil die Welt dann uns die Verantwortung für das Scheitern einer endgültigen Befriedigung Europas aufbürden würde. Es mag sein, daß das, was man die „Welt“ nennt — was man aber ebensogut die dummen und verkehrten Massen in den uns ehemals feindlichen Ländern nennen könnte — bei dem ersten Eindruck die Schuld demjenigen zuschieben würde, der gezwungen worden ist, etwas abzulehnen, weil das Geforderte weit über Recht und Billigkeit hinausgeht.

Das Hamburger Fremdenblatt fragt: „Weshalb hat sich die von den Deutschnationalen gestützte Regierung Luther zu einem Sicherheitsangebot entschlossen, das neben anderen Zugeständnissen den freiwilligen Verzicht auf Elsaß-Lothringen in sich schließt? Die Regierung der Linken in Frankreich ist keine Dauerercheinung. Wer bürgt dafür, daß sie sich nicht verbräutet und die Gunst des Volkes sich wieder denen zuwendet, die da sagen, daß es für Frankreich nur dann eine Sicherheit für Kinder und Kindeskinde gäbe, wenn der Rhein in irgendeiner Art zur französischen Grenze gemacht sei. Dies Drängen nach der Loslösung der Rheinlande vom Deutschen Reich wird in Frankreich nicht zur Ruhe kommen, wird um so lebhafter werden, je mehr wir uns erholen und erheben, weil dann die Furcht vor uns nur um so größer würde. Wer bürgt uns weiter dafür, daß England nicht eines Tages durch Sorgen in Ägypten, Indien, Mesopotamien oder sonstwo so stark in Anspruch genommen ist, daß es dem französischen Vorgehen in den Rheinlanden nichts mehr in den Weg legt? Möglich ist sogar, daß, wenn unsere Wirtschaft wieder einmal aufblühen sollte, der Handelsneid sich wieder regen und das englische Volk es sogar gern sehen würde, wenn wir im Westen von neuem drangsalariert würden. Wir können auf die Dauer nur auf festem Grund arbeiten, wenn unsere Westgrenze gesichert wird. Unser Angebot mit seinen großen Zugeständnissen enthielt deshalb als eine der hauptsächlichsten Gegenforderungen die Verpflichtung Englands, unsere Westgrenze mit allen seinen Machtmitteln gegen einen unprovokierten Angriff Frankreichs zu schützen. In der französischen Erklärung über die in Genf erzielte Einigung zwischen Chamberlain und Briand heißt es nun, daß England sich bereit erklärt, seine sämtlichen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft an die Seite Frankreichs zu stellen, wenn Deutschland es unternehmen sollte, in die „neutrale einzubringen. Aber es fehlt jeder Hinweis, daß England sich auch verpflichtet, seine Streitkräfte an unserer Seite einzusetzen, wenn französische Truppen unsere angrenzten Grenzen überschreiten sollten. Bisher war stets nur davon die Rede, daß der Vertrag gegenseitig sein solle, und die englische Presse ist nicht weniger überrascht als wir, daß von dieser Gegenseitigkeit mit keinem Wort gesprochen wird. Wir nehmen immer noch an, daß die französischen Angaben nur deshalb von dieser Gegenseitigkeit nichts erwähnen, weil sie nur für das französische Volk bestimmt sind, und daß es sich nur um eine ungenaue Wiedergabe handelt.

Wir müssen hier noch von einer andern Gefahr sprechen. Die französische Opposition drängt darnach, daß der Sicherheitsvertrag von Abmachungen zwischen dem französischen und dem englischen Generalstab begleitet sein soll. Sie folgt damit nur den Ansprüchen, die Poincaré machte, als er im Frühjahr 1922 mit Lloyd George über einen Garantievertrag verhandelte. Sie macht geltend, daß die englische Unterstützung gegen Deutschland nicht wirksam sei, wenn keine genauen Aufmarschpläne beständen. Aber hinter diesen Drängen nach militärischen Absprachen steht doch ein anderer Gedanke. Das englische Denken soll sich einseitig auf einen Konflikt mit Deutschland einstellen, und dadurch soll die Gegenseitigkeit, wenn sie schon, was wir immer noch hoffen, dem Buchstaben nach aufgestellt ist, abgewaschen. Wir müssen auch hier von vornherein betonen, daß für uns das Alpha und Omega des Vertrages nur die völlige Gegenseitigkeit in Hinsicht auf den Schutz der Westgrenze sein kann.

Noch ein Wort von den Ostgrenzen. Die Schwierigkeit bildete bisher den Anspruch Frankreichs, daß diese Grenzen

unverrückbar seien, und daß der Artikel 19 des Völkerbundes, der die Abänderung unanwendbar gewordener Bestimmungen des Vertrages von Versailles vorseht, sich nicht auf die Bestimmungen über den Umfang der Staaten beziehen dürfe. Davon ist in der französischen Erklärung nicht mehr die Rede, und es scheint so, als habe Briand darauf verzichtet, von England eine Anerkennung dieser gewaltsamen Auslegung zu erlangen. Die nächstgrößte Schwierigkeit war die französische Forderung, die breite militärisch neutrale Zone im Westen durchzumarschieren zu dürfen, um den polnischen und tschechoslowakischen Verbündeten zu Hilfe zu eilen, jedoch jeder Konflikt Deutschlands mit Polen und der Tschechoslowakei uns im Westen bedroht hätte. Jetzt scheint es so geregelt zu sein, daß England einen Angriff auf Deutschland vom Westen her nur für den Fall gutheißen will, daß der Konflikt im Osten von Deutschland ausgeht. Der polnische Ehrgeiz auf Ostpreußen könnte zum Beispiel nicht mehr von Frankreich gedeckt werden. Aber nun entsteht die Schwierigkeit, wer darüber entscheidet, von welcher Seite der Angriff ausgeht ist. Alle Versuche, den Krieg dadurch zu beenden, daß der Angreifer von mehreren Mächten niedergehalten wird, sind bisher daran gescheitert, daß es schwer war, ein unparteiisches und wirksames Gericht zur Entscheidung zu finden.

Noch eins: aus den französischen Angaben könnte man auch herauslesen, daß die Antwort das Durchmarschrecht für französische Truppen durch deutsches Gebiet sogar für den Fall verlangt, daß die östlichen Verbündeten Frankreichs, insbesondere Polen, von Rußland angegriffen werden sollten. Wir haben unser Angebot nicht gemacht, um unser Land zum Kriegsschauplatz herzugeben, sondern um ruhig zu arbeiten. Dieser Vorschlag ist so naiv, daß es uns schwer fällt, an ihn zu glauben.

Es ist kein Zweifel, daß alle Veröffentlichungen zur Sicherheitsfrage in der Hauptsache französisch eingestellt waren. Warten wir deshalb die Note selbst zunächst ab, denn bereits hat sich in Paris schon eine kühlere Beurteilung der Frage eingestellt. Auch die englische Veröffentlichung der deutschen Sicherheitsanregung in bestimmter Form hat noch keine amtliche Bestätigung gefunden.

Das deutsche Angebot.

W.B. Berlin, 11. Juni. Das deutsche Angebot eines Sicherheitspaktes, das seit einiger Zeit im Mittelpunkt der internationalen politischen Erörterungen steht, wurde — als vertraulich — dem Wortlaut nach bisher nicht bekanntgegeben. Indes hat seiner Zeit der Reichsminister des Auswärtigen dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstags davon Kenntnis gegeben und im Anschluß daran in dem dem Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ gewährten Interview die wesentlichen Teile der deutschen Anregungen dargelegt. Neuerdings veröffentlichten die „Times“ eine allerdings nach Form und Inhalt nicht ganz zutreffende Darstellung. Deshalb erscheint es angebracht, sich mit dem tatsächlichen Inhalt dieses deutschen Memorandums, auf das nun nach über 4 Monaten eine Antwort erteilt werden soll, zu befassen.

Das Memorandum bildet nicht etwa eine vereinzelte und die Gegenseite überraschende Maßnahme, sondern nur einen weiteren Schritt in der Befolgung der Linie, auf der der Vorschlag des damaligen Reichskanzlers Cuno vom Dez. 1922 und das Angebot der gleichen Regierung während des Ruhrkonflikts lag. Es nimmt daneben Gedanken auf, die Dr. Stresemann als Reichskanzler in seiner Stuttgarter Rede im September 1923 aussprach. Bei alledem handelt es sich nicht um endgültig formulierte Vorschläge, sondern um Darlegung des allgemeinen Rahmens, in dem die deutsche Regierung sich an der Lösung der Sicherheitsfrage positiv beteiligen zu können glaubt.

In diesem Sinne ist den Mächten erklärt worden, daß Deutschland sich z. B. zu einem Pakte verstehen könnte, durch den die am Rhein interessierten Mächte sich für eine zu vereinbarende längere Periode zu treuen Händen der Ver. Staaten verpflichten, keinen Krieg gegeneinander zu führen. In dem Cunoschen Vorschlag war diese Verpflichtung auf die Dauer eines Menschenalters vorgezogen und außerdem an den Vorbehalt geknüpft, daß ein Krieg nicht durch Volksabstimmung beschlossen werden würde. Diese beiden Beschränkungen der Friedensverpflichtung, die selten zu lösen sich auch schon die Regierung Cuno bereit erklärte, wurden in das Memorandum nicht wieder aufgenommen. Weiter ist in dem deutschen Memorandum die

Möglichkeit eines Schiedsvertrags zwischen Deutschland und Frankreich vorgezogen, den bereits die Reparationsnote des Kabinetts Cuno vom 2. Mai 1923 angeregt hatte. Zugleich wurde der Abschluß solcher Schiedsverträge, wie sie deutscherseits ja inzwischen mit mehreren Staaten vereinbart worden sind, auch gegenüber allen anderen Staaten in Aussicht genommen. Ferner wurde in dem Memorandum der Gedanke eines Paktes zur Erwürdigung gestellt, der den gegenwärtigen Besitzstand am Rhein garantiert. Die Fassung dieses Paktes wurde etwa so gedacht, daß die am Rhein interessierten Staaten sich gegenseitig verpflichten, die Unverletzlichkeit des gegenwärtigen Gebietsstandes am Rhein unverrücklich zu achten und daß sie ferner und zwar sowohl gemeinsam als auch jeder Staat für sich die Erfüllung dieser Verpflichtung garantieren und jede Handlung, die ihr zuwiderläuft, als gemeinsame und eigene Angelegenheit ansehen. In einem solchen auf voller Gegenseitigkeit beruhenden Pakt könnte im gleichen Sinne auch die Garantierung der Entmilitarisierung der Rheinlande einbezogen werden, wie sie die Art. 42 und 43 des Versailler Vertrags vorschreiben. Dabei ist daran zu erinnern, daß die ganze Entwicklung des Paktgedankens von den bei Friedensschluß ausgearbeiteten aber nicht perfekt gewordenen Garantiepakten zwischen Frankreich, England und den Ver. Staaten ihren Ausgang nahm und daß jenseitig Garantiepakte die hier erwähnten Artikel 42 und 43 zum Gegenstand hatten. Die Reichsregierung hat in ihrem Memorandum auf die Möglichkeit anderer Lösungen und die evtl. Verbindung der Gedanken ins Auge gefaßt, die den vorerwähnten Beispielen zugrundeliegen. Sie hat schließlich die Möglichkeit einer späteren, alle Staaten umfassenden Weltkonvention offen gelassen, einer Weltkonvention, in die zunächst der zur Erörterung gestellte regionale Sicherheitspakt entweder aufgehen oder hineingearbeitet werden könnte.

Deutsche in den Marokko-Kämpfen

Von den Kämpfen, die gegenwärtig in Marokko zwischen den Franzosen und den Gefolgsleuten Abd el Krimis sich abspielen, kann man, bei der Entfernung des Kriegsschauplatzes und bei der spärlichen und einseitigen Berichterstattung, nur schwer ein zutreffendes Bild sich machen. Nur soviel scheint festzustellen, daß die Marokkaner, also „Faschisten“, auf die man von oben herabzusehen gewohnt ist, den Franzosen viel zu schaffen machen. Den unverhofft zähen Widerstand der Marokkaner glaubten die Franzosen durch die verstärkte Teilnahme deutscher Kräfte erklären zu sollen — wo hätten, nach der Meinung der Franzosen, die Deutschen nicht ihre Hände im Spiel! — und die unsinnigsten Verdächtigungen wurden ausgesprochen. Alle diese Legenden sind ja nun inzwischen zerstört worden, und es konnte die Beschuldigung, daß Deutschland auf marokkanischer Seite an dem Kriege teilnehme, widerlegt werden. Allerdings nehmen an den Kämpfen in Marokko viele Tausende von Deutschen mit ihrem Herzen den lebhaftesten Anteil. Nicht in dem Sinne, daß sie, wie die Franzosen vielleicht glauben berechtigt sind, ihnen Niederlagen wünschen, sondern aus der Sorge um die vielen jungen deutschen Männer, die in den Reihen der französischen Fremdenlegion kämpfen. Bei all der sorglichen Berichterstattung über die Ereignisse sind gerade diejenigen Sätze beachtet worden, die von den schweren Verlusten der Fremdenlegion sprachen.

Es gibt mehr deutsche Väter und Mütter, die einen Sohn in der Fremdenlegion haben, als man gewöhnlich annimmt. Denn man spricht nicht gern darüber, daß man einen Sohn hat, der in Afrika für „Frankreich Ehre“ kämpft. In friedlichen Zeiten empfindet man schon die Tatsache, daß er sich für die Fremdenlegion anwerben ließ, als einen Mangel. Natürlich hat es zu jeder Zeit in der französischen Fremdenlegion auch einen Prozentsatz recht zweifelhafter Elemente gegeben, die über die Grenze nach Frankreich flohen, um sich einer Strafe zu entziehen und sich in der Legion zu verborgen. Aber der größte Prozentsatz besteht aus unteuren jungen Leuten mit einem ungefestigten Willen und aus Abenteuerlustigen, die sich von ihrer Last nach Erlebnissen hinreißen lassen, und aus Unerschrockenen, die in schwacher Stunde Agenten ins Garn ließen und die mit offenen Armen aufgenommen würden, fehlten sie ins Elternhaus zurück.

Die Zahl der Deutschen in der Fremdenlegion steht, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, nicht genau fest, läßt sich aber ungefähr berechnen. Etwa 60 Prozent der französischen Fremdenlegionäre sind Deutsche. Die Fremdenlegion zählt über 25 000 Mann. Die Zahl deutscher Legionäre, die an den Kämpfen gegen Abd el Krim beteiligt waren, wird mindestens 15 000 Mann betragen!

Bis zum Juni 1920 mußten die in die Legion eintretenden Leute das 18. Lebensjahr vollendet haben. Seit Juni 1920 ist das Mindestalter von 20 Jahren vorgeschrieben. Achtehn- und Neunzehnjährige mußten, wenn sie in die Legion eintreten wollten, eine von der Ortsbehörde beglaubigte Einwilligungserklärung ihres Vaters oder Vormundes beibringen. Aber nichtsdestoweniger hat es eine große Zahl von Fällen gegeben, wo Lehrlinge, die sich mit dem Meister entzweit, wo sechzehnjährige Sekundaner, die sich fürchteten, mit einem schlechten Zeugnis nach Hause zu kommen, bei dem „Bureau de recrutement“ (in Mainz hatte es den Decknamen „Cooperation d'habillement“) meldeten und angenommen wurden — ohne „Einwilligungserklärung“.

Seit dem Londoner Abkommen im Sommer 1924 aber ist, wie uns von unterrichteter Seite gesagt wird, kein krasser oder beunruhigender Fall von Werbung zur Fremdenlegion innerhalb deutscher Grenzen — auch nicht im besetzten Gebiet — vorgekommen. Aber man hüte sich vor den massierten Werbeinseraten, wie man sie in der letzten Zeit in Wiener Zeitungen findet. Koch vor vier Wochen wurden in Wiener Blättern deutsche Lehrer für das Saarland gesucht. Eine Anfrage an die Schulbehörden im Saargebiet ergab, daß im Gegenteil dort mit den Lehrkräften energisch abgebaut werde. Andere Inserate suchten Büroangestellte für ein Unternehmen in Calais. Kommen sie in Calais an, ist die „Stelle besetzt“, man bietet eine Stelle in Paris an, verschafft dem Zivilisten, der kein Reisegeld hat, einen Platz auf einem Militärlastwagen zum Mitfahren, die Fahrt endet in der Kajerne.

Französische Antwort auf die deutsche Beschwerde

Paris, 11. Juni. Die deutsche Regierung hat am Quat d'Orsay mehrfach Vorstellungen gegen die in den Pariser Zeitungen verbreiteten Gerüchte erhoben, wonach Deutschland Abdel-Krim unterstützen würde. In dem französischen Außenministerium ist dem deutschen Vorkämpfer darauf eine amtliche offizielle Meldung aus Marokko unterbreitet worden, wonach in der Armee der Rifleute 250 deutsche Offiziere als technische Berater tätig seien. Die deutsche Botschaft erklärte dazu, daß es ihrer Regierung bekannt sei, daß deutsche Offiziere in Marokko mitwirkten, daß die deutsche Regierung aber keine Verantwortung dafür tragen könne, da sie die Teilnahme deutscher Staatsangehöriger in Marokko nicht unterstützt habe, sondern im Gegenteil mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern suche. Für das Vorgehen einzelner Privatpersonen könne sie nicht verantwortlich gemacht werden.

Das neue Landessteuergesetz von 1925

Von Rechtsanwalt Blum in Stuttgart

II.

3. In Art. 1—8 regelt das Landessteuergesetz von 1925 die Gewerbesteuer für die Zeit vom 1. 1. 24 bis 31. 3. 26. Es sollen nicht die bisher geleisteten und fernerhin zu leistenden Vorauszahlungen als endgültige Steuerschuld gelten, sondern es soll eine wirkliche Veranlagung zur Gewerbesteuer stattfinden. Uebersteigen für die Zeit vom 1. 1. 24 bis zum 31. 3. 25 die geleisteten Vorauszahlungen die auf Grund der Veranlagung festgestellte Steuerschuld, so ist die Hälfte des Unterschiedes zurückzuerstatten; ebenso ist im Falle des Zurückbleibens der geleisteten Vorauszahlungen hinter der durch die Veranlagung festgestellten endgültigen Steuerschuld die Hälfte des Unterschiedes nachzuführen, und zwar binnen 2 Monaten nach Zustellung der Anforderung. Bis zur Feststellung des Veranlagungsmahns nach den neuen Bestimmungen, die mit Rückwirkung auf 1. 1. 24 in Kraft treten, sind die in den ersten 8 Tagen

jeden Monats fälliger Vorauszahlungen auf die staatliche Gewerbesteuer samt Gemeindeumlage in der bisherigen Höhe weiter zu zahlen. Soweit sich nicht aus den neuen Bestimmungen etwas anderes ergibt, gilt die bisherige gesetzliche Regelung.

Zunächst befaßt sich das Gesetz mit der Ermittlung des steuerbaren Gewerbeertrags, d. h. desjenigen Betrags, von welchem die für jedes Rechnungsjahr durch das Staatshaushaltsgesetz bestimmten Steuersätze zu entrichten sind. Für die Zeit vom 1. 1. bis 31. 3. 24 beträgt der Staatssteuersatz 5 v. H., der Gemeindeumlagesatz 20 v. H., ab 1. 4. 24 bis 31. 3. 25 der Staatssteuersatz 8 v. H., der Gemeindeumlagesatz 12 v. H. für das neue Rechnungsjahr sind dieselben Sätze in Aussicht genommen wie für das abgelaufene.

4. Der steuerbare Gewerbeertrag, aus dem die Staatssteuer und Gemeindeumlage für die Zeit vom 1. 1. 24 bis 31. 3. 26 erhoben wird, ergibt sich dann, wenn man den 2/3-fachen Betrag der für das Kalenderjahr 1924 zu entrichtenden Einkommen- oder Körperschaftsteuervorauszahlungen und 3 v. H. des Betriebskapitals zusammenzählt.

1. Als Betriebskapital gilt das gewerbliche Betriebsvermögen, das zur Vermögenssteuer auf 31. 12. 23 festgestellt worden ist oder festzustellen gewesen wäre. Maßgebend ist der im Zeitpunkt der Gewerbesteuerveranlagung als Vermögen auf 31. 12. 23 festgestellte Betrag, sodas also seither im Rechtsmittlungswege erreichte Änderungen mitberücksichtigt werden. In selbst eine nach dem Zeitpunkt der Gewerbesteuerveranlagung eintretende Änderung der Vermögenssteuerveranlagung ist im Wege des Berichtigungsverfahrens auf die Gewerbesteuerveranlagung auszudehnen. Rechtskräftige Feststellung des Betriebsvermögens auf 31. 12. 23 kann jedoch im Rechtsmittlungsverfahren nicht mehr abgeändert werden, sofern nicht für die Gewerbesteuerveranlagung eine selbständige Feststellung erfolgt. Fehlerhafte Zurechnungen einzelner Vermögensbestandteile zum Grund-, Betriebs- oder sonstigen Vermögen sind ebenfalls für die Gewerbesteuerveranlagung zu berichtigen.

An dem so festgestellten steuerbaren Vermögen ist der für die Vermögenssteuer festgestellte Wert der in dem gewerblichen Betriebsvermögen enthaltenen Grundstücke, Gebäude und Gebäudeteile abzuziehen, da diese der Grund- und Gebäudesteuer unterliegen, und eine Doppelbesteuerung vermieden werden soll.

Der sich nunmehr ergebende Betrag ist auf volle 100 Rentenmark nach unten abzurunden; beträgt er weniger als 1000 Rentenmark, so wird er nicht berücksichtigt.

2. Die für das Kalenderjahr 1924 zu entrichtenden Einkommensteuervorauszahlungen sind diejenigen, die auf Grund der 2. Steuernotverordnung vom 19. 12. 23 und auf Grund der 2. Verordnung des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendige Steuermilderungen vom 10. 11. 24 für die 12 Monate des Kalenderjahres 1924 zu entrichten waren. Maßgebend ist das von den Finanzämtern im Zeitpunkt der Gewerbesteuerveranlagung festgestellte Soll der Vorauszahlungen für Januar bis Dezember 1924 ohne Berücksichtigung der gestundeten, nachgelassenen oder sonst zurückgebliebenen Beträge. Auch hier sind nachträgliche Änderungen im Wege des Berichtigungsverfahrens möglich, falls das Soll der Vorauszahlungen nachträglich geändert wird, außer bei rechtskräftiger Feststellung (siehe oben). Doch ist jetzt schon bestimmt, daß gegebenenfalls die Nach- und Rückzahlungen, die sich für einzelne Einkommensteuerschuldige aus dem Steuerüberleitungs-gesetz ergeben werden, ohne Einfluß auf den steuerbaren Gewerbeertrag sind.

Bei Gewerbebetrieben, die im Jahre 1924 neu entstanden oder neu erworben sind, werden die für die Dauer des Betriebs im Kalenderjahr 1924 zu entrichtenden Einkommensteuervorauszahlungen auf den Jahresbetrag umgerechnet; die Steuerschuld bis zum 31. 3. 25 wird aber nur für die Monate erhoben, in denen die Steuerpflicht des Unter-

nehmers bestanden hat. Bei Gewerbebetrieben, die im Laufe des Kalenderjahres 1924 eingestellt und abgemeldet oder auf einen anderen Unternehmer übertragen worden sind, gelten die bis dahin nach den bisherigen Bestimmungen geschuldeten Vorauszahlungen an Körperschaftsteuer als Grundlage, sondern die Vorauszahlungen, die zu entrichten gewesen wären, wenn der Betrieb einkommensteuerpflichtig gewesen wäre. Die Feststellung der maßgebenden Beträge erfolgt durch die Finanzämter.

Neues vom Tage

Die deutschen Reparationszahlungen

London, 11. Juni. In Beantwortung einer Anfrage erklärte Guiney im englischen Unterhaus, daß die Gesamtsumme, die der Gen. talagent für die Reparationszahlungen auf Grund des Dawesplanes im Mai erhalten habe, sich auf 160 144 943 Goldmark belaufen, wovon auf Rechnung Englands 31 463 901 Goldmark entfielen. Nach den letzten zur Verfügung stehenden Zahlen betrage die deutsche Besteuerung annähernd 117 Goldmark pro Kopf der Bevölkerung.

Die französische Marokkofront durchbrochen?

Berlin, 11. Juni. Die Blätter melden aus Paris: Nach den letzten amtlichen Berichten vom marokkanischen Kriegsschauplatz fanden überaus heftige Angriffe der Rifstämme in der Nähe von Udzjan statt. Es ist den Rifstämmen gelungen, an mehreren Punkten die französische Front zu durchbrechen.

Spaniens Aktionen in Marokko

Paris, 11. Juni. Wie der Berichtslatter des „Journal“ aus Madrid erfahren haben will, sollen, während man eifrig an der Vorbereitung der Truppenlandungen in der Nacht von Alhucemas arbeitet, alle Truppenbewegungen bis Ende Juni aufgeschoben werden. Die Verhandlungen mit Abd el Krim hätten eine neue Wendung genommen. An leitender Stelle zweifle man nicht daran, zu einer Verständigung zu kommen. Die Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich bezögen sich im übrigen auf die Unterbindung des Waffen- und Munitionshandels, auf die Prüfung der Frage der Berichtigung der Grenzen und der Ausweisung der unerwünschten und verdächtigen Personen, auf gegenseitige Informationen, sowie auf die Modalitäten für eine Zusammenarbeit.

Spanische Ausschreitungen in der Zone von Tanger

London, 11. Juni. Nach einer Timesmeldung aus Tanger überfielen marokkanische Soldaten des spanischen Heeres etwa 3 Meilen von Tanger entfernt eine große, meist aus Frauen bestehende Eingeborenensiedlung. 5 Frauen und ein Mann seien von den Angreifern juridgelassen worden, die übrigen samt Maultieren und Feln seien entführt worden. Ein solcher Verstoß gegen die internationale Zone von Tanger habe sich schon an vorhergehenden Tagen wiederholt. Dem Berichtslatter sei eine Mitteilung des Rifkontingentes der Stämme in der Nähe von Tanger zugegangen, in der sie erklärten, daß die dauernden unbeschränkten Angriffe spanischer Truppen innerhalb der Zone von Tanger beweisen, daß die Neutralität der Zone nicht besteht.

Zur Ablehnung des Sicherheitspaktes durch Kanada

London, 11. Juni. „Daily Express“ schreibt im Leitartikel, der Ernst der Erklärung des kanadischen Premierministers, daß Kanada nicht Teilhaber des Paktes sein könne, könne kaum übertrieben werden. Der kanadische Premierminister habe dem britischen Volk und der britischen Regierung eine ernste und unwiderrufliche Warnung erteilt des Inhalts, daß, wenn sie beim Pakt blieben, sie das ohne Kanada tun müßten.

Das Heideschloß.

Roman von Marie Harling.

31) (Nachdruck verboten.)

„Ich wollte mir Ihr Vertrauen erwerben,“ sagt Korbert zu Elsa, „ich wollte Sie mit Ihren Verwandten wieder ausöhnen, ich ahnte ja nicht, daß es keine Möglichkeit gab, Sie Ihrem Geliebten wieder zuzuführen. Elsa, ich habe Sie lieb gehabt vom ersten Augenblick an, da ich Sie gesehen; trotzdem aber hätte ich Ihnen niemals von meiner Liebe gesprochen, hätte es eine Möglichkeit gegeben, daß Sie in die früheren Verhältnisse zurückkehren und glücklich werden konnten. Jetzt aber, Elsa, jetzt, da Sie niemand mehr haben, jetzt darf ich von meiner Liebe reden, und ich frage Sie: Wollen Sie mein Weib werden? Wollen Sie an meiner Seite übers Meer gehen? Darf ich für Sie sorgen, Ihnen ein behagliches Leben schaffen? Ich fordere ja keine innige Liebe von Ihnen, ich weiß, daß Sie mir dieselbe jetzt noch nicht geben können; nur um Ihr volles Vertrauen und Ihre Achtung bitte ich, und ich werde um Sie werben, wie einst Jakob um Rachel warb, und wenn es sein muß, auch noch länger. Fürchten Sie nicht, Elsa, daß ich Ihnen jemals mit meiner Liebe lästig fallen werde, ich werde still warten, bis Sie mir erlauben, Sie lieb zu haben.“

Tiefes Schweigen herrscht minutenlang. Elsa hört die schweren Atemzüge des Mannes an ihrer Seite, die ganze Größe dieses uneigennütigen Menschen fällt ihr Denken und Empfinden. Freimütig erhebt sie das Antlitz zu ihm, kindliches Vertrauen spricht aus ihren Augen.

„Korbert, Sie guter, edler Mensch, ich habe Sie viel zu lieb, als daß ich Ihnen ein Herz anbieten könnte, das noch zuckt und blutet unter der Wunde, die man ihm geschlagen. Ach Korbert, ich habe ja auch nichts, ich komme mit leeren Händen, und was noch viel schlimmer ist, mit leerem Herzen.“

Sie steht so kindlich demütig vor dem jungen Manne, daß dieser alle seine Selbstbeherrschung aufbieten muß, um Herr seiner aufflammenden Leidenschaft zu bleiben. Ganz

zart und innig nur legt er den Arm um ihre Schultern, voll warmer Liebe blüht er ihr in ihre bang forschenden Augen.

„Das leere Herz wollen wir wohl füllen, Elsa. Ich werde all meine reiche Liebe hinein legen, da wird es nicht mehr leer sein. Auf die blutenden Wunden aber wollen wir das Pflaster gegenseitigen Vertrauens legen, und Sie werden sehen, daß es auch für die tiefsten Wunden eine Heilung gibt. Mir ist vor der Zukunft nicht bang, wenn Sie Vertrauen zu mir haben können. Meine Anstellung bei Lohberg aber erlaubt mir, mich zu verheiraten, zudem bestreibe ich ein nicht unbedeutendes Privatvermögen. In eine ungewisse Zukunft würde ich Sie gewiß nicht mitgenommen haben.“

Da lehnt Elsa vertrauensvoll das Köpfchen an des jungen Mannes Schulter.

„So nimm mich hin, Korbert, ich werde versuchen, dir eine gute Gattin zu sein.“

Da bricht solch überfelliges Leuchten aus Korberts ernten Augen, solch heißer Liebesstrahl zuckt über Elsa hin, daß diese verwirrt und geängstigt die Augen schließt.

Korbert jedoch hat sich schon wieder in der Gewalt; er berührt nur mit den Lippen ehrfurchtsvoll ihre reine Stirn, dann gibt er sie frei. Elsa aber legt, gerührt von so viel Zartinn und Edelmut, ihre Wange auf seine Hand.

„Ich danke dir, Korbert, du sollst es niemals zu bereuen haben, ein armes, verlassenes Kind liebevoll an dein Herz genommen zu haben. Wie aber werden wir nun mit deinem Vater fertig?“

„Das laß meine Sorge sein, Diebstahl! Versprich mir nur, nicht wieder zum Zirkus zu kommen.“

„Das Versprechen gebe ich dir gerne, ich bin ja so oft nur mit Wangen und Zagen gekommen.“

„Armer Diebstahl! Gott sei Dank, daß ich mit ein Herz genommen und mit dir gesprochen habe. Ich fürchtete so sehr, du würdest mich abweisen.“

„Du lieber, guter Mensch! Ach, den Mut besitzt ja dein

armes Lieb nicht, die Hand zurückzuweisen, die ihm aus Rot und Verlassenheit helfen will.“

„Es war gut, daß du den Mut nicht hattest, Elsa. Du hast mich ja so unsagbar glücklich gemacht.“

Von ihren Zukunftsplänen redend, legen sie den Rückweg schnell zurück. Elsa geht gleich zur Pension Hartmann. Sie findet hier einen Brief ihres Vaters. Er bittet sie, nun bald an die Heimreise zu denken, da doch Raths Hochzeit nahe bevorstehe, und erwähnt natürlich nicht, daß nicht Heinz, sondern Franz der Bräutigam ist. Er glaubt Elsa im Besitz der Verlobungsanzeige; diese aber ist wohl durch einen verhängnisvollen Zufall niemals in ihre Hände gelangt. So blüht sie denn auch jetzt mit müdem, traurigem Lächeln auf den Brief. Wo mag sie selbst wohl an Heiratshochzeitstag sein? Daheim nicht, so viel weiß sie wohl, denn unerträglich würde es ihr sein, Heinz neben jener andern am Altar zu sehen.

Den Brief im Schoß, die schlanken, weißen Hände darüber gefaltet, so sieht Elsa lange in Sinnen verloren. Sie denkt der Vergangenheit, die nun tot und begraben für sie sein muß. Ja, sie muß vergessen und sie will es auch. Korbert hat es wohl verdient, daß sie sich Mühe gibt, ihn zu lieben.

Der Ruf der Tischglocke weckt sie aus ihrem Sinnen; langsam geht sie zum allgemeinen Speisesaal hinab.

Fräulein Hartmann führt selbst den Vorhug am Tisch. Elsa hat ihren Platz gleich neben derselben. Die Gesellschaft ist bunt zusammengewürfelt, gehört aber durchweg nur den besten Kreisen an.

Fräulein Hartmann plaudert munter und angeteigt wie immer, es entgeht ihr aber nicht, daß Elsa heute ungewöhnlich schweigsam ist.

„Ich werde Ihr liebes Haus wohl bald verlassen müssen,“ erwidert Elsa auf eine teilnehmende Frage des alten Fräuleins, Papa fordert meine Heimkehr zur Hochzeit meines Vaters.“

Prüfend blickt Angelika Hartmann auf Elsa; eine seltsame Umruhe in ihrem Bild läßt ihr auf. (Fortf.)

Arbeiterchaft und Entwaffnungsnot

Berlin, 11. Juni. Wie die „Vörsenzeitung“ erfährt, haben die freien Gewerkschaften in Essen bei der Berliner Zentrale der Freien Gewerkschaften den Antrag gestellt, sie möge gegen die Entwaffnungsnot der Volkshauptkonferenz protestieren und zwar besonders gegen den Passus der Verordnungen und Festsetzungen von Maschinen, da die Erfüllung dieser Forderungen neue Arbeitslosigkeit und neues Elend über große Teile der deutschen Arbeiterchaft bringen müßten.

Empfang beim Reichspostminister

Berlin, 11. Juni. Der aus führenden Funkgesellschaften Amerikas, Deutschlands, Englands und Frankreichs zusammengesetzte Ausschuss, der zurzeit in Berlin tagt, wurde heute vom Reichspostminister Dr. Stings empfangen. Der Vorsitzende der Vereinigung Mr. Thomas Nelson Perfitas antwortete auf die Begrüßungsansprache des Ministers u. a.: Wir alle sehen mit besonderer Hochachtung auf die Entwicklung der drahtlosen Telephonie und Telegraphie in Deutschland nicht allein im Nachrichtenverkehr, sondern auch auf dem Gebiete des Rundfunks und insbesondere auf den bedeutenden Anteil, den das deutsche Reichspostministerium an dieser Entwicklung hat.

Danziger Fragen vor dem Völkerbundrat

Genf, 11. Juni. Der Völkerbundrat hat heute vormittag die Arbeiten seiner 34. Tagung beendet. Die wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung der Schlußsitzung waren drei Danziger Fragen.

Zum Briefkastenkonflikt ist vom Völkerbundrat der Gutachten der unabhängigen internationalen Gerichtshofes eingefordert worden. Für die Festsetzung des Hafengebietes beschloß er, einen Ausschuss zu ernennen, dem auf Vorschlag Schwedens als viertes Mitglied ein juristischer Sachverständiger beigegeben wird. Ueber die Frage, ob durch das Gutachten des internationalen Gerichtshofes bereits maßgebende Richtlinien für die territorialen Bestimmungen im Hafengebiet gegeben seien, entspann sich ein längere Aussprache. Entgegen der polnischen Auffassung, bekräftigen sämtliche in die Debatte einreisenden Ratsmitglieder, insbesondere Chamberlain, Paul Boncour und Humans die von Danzig vertretene These, daß die Frage der Begrenzung des Hafengebietes vollkommen offen und völlig der juristischen und technischen Beurteilung der Sachverständigenkommission überlassen bleibt. Der vom Rat genehmigte Bericht des spanischen Ratsmitgliedes Quinones de Leon über die Festsetzung eines neuen Verfahrens zur Regelung von juristischen und technischen Streitfragen zwischen Polen und Danzig entspricht im wesentlichen den von Danzig vertretenen Positionen und stellt insbesondere fest, daß beide Parteien verpflichtet sind, jeberzeit zu entsprechenden Verhandlungen vor dem Oberkommissar des Völkerbundes für Danzig erscheinen. Der dritte Punkt welcher die Frage eines polnischen Munitionsdepots betraf, wurde debattelos auf die nächste Session vertagt.

Typhus

Neuwiges, (Reg. Bezirk Düsseldorf), 11. Juni. In verschiedenen Stadtbezirken sind in dieser und in der vergangenen Woche etwa 20 Personen unter typhusverdächtigen Erscheinungen erkrankt. Bei 4 Erkrankten wurde Typhus festgestellt. Eine Untersuchung hat ergeben, daß die Erkrankungen nicht auf den Genuß von Wasser zurückzuführen sind. Die Ursache konnte noch nicht festgestellt werden.

Oberst Karl Egli gestorben

Jülich, 11. Juni. Hier starb im Alter von 60 Jahren Oberst Karl Egli, der während des Weltkrieges Unterabschlag der schweizerischen Armee war und sich auch schriftstellerisch betätigte.

Aus Stadt und Land.

Mittensteig, 12. Juni 1925.

* Amtliches. Ernann wurde Oberpostmeister Reilbach in Calw zum Postamtman bei seiner dermaligen Dienststelle.

* Die Besucher der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Stuttgart-Cannstatt seien nochmals darauf hingewiesen, daß am Samstag, den 20. Juni größte Sonntagskarten nach Stuttgart Hbf. und Cannstatt an diesem Tag von früh zur Dinsfahrt und am gleichen Tag auch zur Rückfahrt berechneten. Wer mit Sicherheit auf Beförderung an diesem Samstag rechnen will, für den empfiehlt die Reichsbahndirektion rechtzeitige Anmeldung auf der Bahnstation, damit für Verstärkung der fahrplanmäßigen Züge oder für Sonderzüge gesorgt werden kann.

Anlässlich der Wanderausstellung verkehren am Sonntag, den 21. Juni, Sonderzüge, so auf der Strecke Calw—Stuttgart. Calw ab 6.45 vorm., Stuttgart an 8.32, Calw ab 11.54 vorm., Stuttgart an 2.03 nachm., Stuttgart ab 5.20 nachm., Calw an 7.24 nachm., Stuttgart ab 7.25 nachm., Calw an 9.35 nachm. Fortsetzung auf der Strecke Calw—Nagold, Calw ab 9.42 nachm., Leinach an 9.48 nachm., Nagold an 10.20 nachm. Anschluß an den letzten Zug der Nebenbahn Nagold—Mittensteig. Auf der Linie Freudenstadt—Eutingen verkehrt ein Sonderzug Freudenstadt Hbf. ab 6.35 vorm., Eutingen an 7.30 vorm., Stuttgart an 9.00 vorm. Rückfahrt: Stuttgart ab 9.00 nachm., Eutingen an 10.41 nachm., Eutingen ab 10.47 nachm., Freudenstadt an 12.05 nachts. Sämtliche Züge halten auch an den Zwischenstationen. Die Herren Obmänner der Landw. Vereine werden ersucht, ihre Mitglieder auf die obigen günstigen Fahrgelegenheiten aufmerksam zu machen, die Zahl der Fahrgäste für die einzelnen Züge möglichst genau festzustellen und den Einreisstationen alsbald mitzuteilen.

* Rohrdorf, 9. Juni. (Todesfall.) 83 1/2 Jahre alt ist unser zweitletzter Altveteran Joh. Tob. Seeger aus dem Leben abberufen und heute zur letzten Ruhe getragen worden. Er hat die Feldzüge 1866, 1870/71 mitgemacht und ist 44 Jahre bei der Firma Schwarzwälder Tuchfabrik, vorm. Koch & Reichert, in Arbeit gestanden, wofür ihm am Grabe mit prächtigen Kranzspenden seitens der Betriebsleitung und des Personals ehrenvolle Nachrufe gewidmet wurden.

* Calw, 10. Juni. Die Obstausichten verringern sich von Tag zu Tag. Trotz der schönen Blüte mancher Apfel- und Zwetschgenbäume sind wenig Früchte auf den Bäumen zu sehen. Der Mai war ja für die Blüte recht günstig, aber im April blieben die Blüten zu lange stecken und verhoften, so daß schon beim Definieren der Blüten kein Leben mehr in ihnen war. Die Blütenblätter waren nicht mehr frisch und entwickelten sich nur mangelhaft. Ebenso verhielt es sich mit dem Stempel und den Staubgefäßen. Ein genauer Beobachter konnte schon bei der Blüte bemerken, daß die Fruchtanfänge geschädigt waren. Die Folgen zeigten sich bald. Kaum waren die Blüten geblüht, als sie schon anfangen zu welken. Alle träuben Blüten versagten, nur die freischen setzten Früchte an. Birnen kamen wenig zum Blühen und fehlen fast ganz. Bei den Äpfeln ist es etwas besser, die frühblühenden setzten nicht an, die spätblühenden werden einen besseren Ertrag liefern. Auf Zwetschgen wurden große Hoffnungen gesetzt. Auch diese Ausichten sind sehr klein geworden, nur Beerenoßbitt verpricht reichen Ertrag.

* Calw, 11. Juni. Auf die Pflasterung der Bischofsstraße folgt gegenwärtig die Pflasterung der unteren Marktstraße vom Röhle an mit einem Aufwand bei 800 Qm von 8000 M. Für die Bahnhofstraße und untere Gräde ist Oberflächenteerung in Aussicht genommen, während für die neue Stuttgarter Straße, bei der die Staubentwicklung unerträglich ist, das bessere System der Innenteerung in Anwendung gebracht werden soll. — Trotz der vielen Neubauten ist die Wohnungsnot noch immer groß. In der letzten Gemeinderatsitzung wurden für 7 neue Baugesuche die Baudarlehen und Bürgschaftsübernahmen genehmigt, sowie einem Gesuch um Verwilligung einer Prämie für Freimachung einer Wohnung stattgegeben. Der Vorsitzende gab dabei bekannt, daß nach Zufolge von Baudarlehen im Betrag von 80 000 M. weitere Baudarlehen in diesem Jahr nicht mehr gegeben werden können, die Stadt habe zur Behebung der Bautätigkeit alles getan, was ihr möglich gewesen sei. — Die württ. Volksbühne hat die Grundgebühren bedeutend erhöht. Die Unkosten belaufen sich auf 1000 M. Die Handelsschulen haben eine Beteiligung an den Kosten abgelehnt. Troghem beschließt der Gemeinderat im Interesse der Volks- und Jugendbildung und im Interesse der Erhaltung der Bühne für die kleinen Städte 6 Vorstellungen zu übernehmen.

* Calw, 12. Juni. Vor 20 Jahren wurde auf Anregung von dem gefallenen Stadtschultheiß Cong ein Fremdenverkehrsverein gegründet. Die Stadt brachte damals große Opfer in der Hoffnung, Calw werde sich zu einem Luftkurort entwickeln. Die Hoffnung schlug fehl, erreicht wurde aber, daß die Stadt als Touristenverehrungsplatz sehr besucht wurde. Infolge der Nichtbeteiligung der Geschäftsleute an den Auslagen für Reklame ging der Verein allmählich zurück. Auf verschiedene Anregungen im Gemeinderat ist der Verein aber jetzt wieder neu ins Leben gerufen worden. Die Hauptgeschäfte besorgt Stadtschultheiß Gähner, Buchdruckermeister Eising und Hotelier Ziegler zum Waldhorn. Dem Hauptauschuss steht zur Seite ein Reklameauschuss, ein Verschönerungsvereinausschuss und ein Ausschuss für Musik und sonstige Veranstaltungen. Der Handels- und Gewerbeverein tritt lebhaft für Autoverbindungen nach den Bezirksorten ein. Hinderlich sind die schmalen Straßen, namentlich in den Waldorten. Es soll deshalb eine Probefahrt veranstaltet und die Waldorte Altburg, Wurzbad, Aigenbach, Oberkollwangen, Martinsmoos, Oberhaugstett, Neubulach und Leinach berührt werden, um den Zustand der Straßen festzustellen und weitere Schritte beim Oberamt zu tun. Die Autolinie Calw—Bödingen hat nun Aussicht auf Verwirklichung da die Reichspostverwaltung bereit ist, diese Linie auszuführen.

Stuttgart, 11. Juni. (Vorträge und Führungen bei der Ausstellung „Das Schwäbische Land“.) Die Ausstellung „Das Schwäbische Land“ veranstaltet diesen Sommer eine Reihe von Vorträgen mit ersten Rednern und zu außerordentlich günstigen Eintrittsbedingungen. Die Vorträge selbst finden im Saal der Handelskammer statt. Bis jetzt sind folgende Vorträge festgesetzt: 16. Juni: Gemeinderat Dr. von Gäntler „Schillers Jugendjahre“; 23. Juni: August Vömlle „Ueber das württembergische Volk“; 30. Juni: Prof. Dr. Schwentel „Ueber das württembergische Land“ (mit Lichtbildern); 7. Juli: Dr. Berthmer „Von den Jagdgesellschaften des württembergischen Landes“; 14. Juli: Prof. Dr. Goeßler „Ueber unsere Frühkultur“ (mit Lichtbildern); 21. Juli: Dr. Rich. Schmidt „Ueber württembergische Schlösser“ (mit Lichtbildern); 28. Juli: Prof. Dr. Fiechter „Ueber württembergische Kirchen“ (mit Lichtbildern); 8. September: Prof. Dr. Keller „Ueber die Entstehung des Staates Württemberg“; 15. September: Prof. Dr. Ernst „Ueber Entstehung der württembergischen Städte, insbesondere der Stadt Stuttgart“; 22. September: Reg. Rat Dr. Hefele: „Ueber Württembergs Politik seit dem Untergang des alten Reiches“. Außerdem sind in weiterem Umfang bereits Führungen eingerichtet und noch weitere geplant. Als Führungszeiten auf dem Stadtparkengelände sind bis jetzt festgesetzt Mittwoch und Samstag nachmittags 4 Uhr, Sonntag vormittags 11—12 Uhr.

Lohnbewegung in der Holzindustrie. Vom Verband der württembergischen Holzindustriellen wird uns geschrieben: Im Rahmen der gesamten Lohnbewegung im Deutschen Reich innerhalb der Holzindustrie ist auch mit ernstem Schwereitigen in Württemberg zu rechnen.

Jubiläumsfeier. Der Landesverband Württemberg der Deutschen Postgewerkschaft (früher Württembergischer Postverband), in dem der weitaus größte des württembergischen Postpersonals des n. D. organisiert ist, feiert am 14. Juni 1925 hier im Saalbau Dinkla... sein 25jähriges Jubiläum.

Baihingen a. F., 11. Juni. (Zusammenstoß.) Ein Auto aus Heilbronn fuhr in der Schulstraße mit einem Motorradfahrer zusammen. Dem Lenker des Motorrades, Richte Schuß von Cannstatt, wurde das rechte Bein schwer verletzt. Beide Fahrzeuge sind leicht beschädigt.

Bachau a. F., 11. Juni. (Kiedbrand.) Im städt. Kied-Hochmoor brach auf unaufgeklärte Weise ein Brand aus. Das Feuer, das sehr wahrscheinlich durch Wegwerfen einer Zigarette entstanden ist, konnte noch nicht unterdrückt werden. Durch den scharfen Ostwind und die Trockenheit erhält das Feuer immer neue Nahrung. Die Feuerwehr ist an der Arbeit, den Brand zu ersticken.

Roßlingen, 11. Juni. (Mord und Selbstmord.) Der Reisende Hemminger erschoss seinen einzigen 13jährigen Sohn Richard, der vor knapp einem Vierteljahr aus der Schule kam. Als die Polizei in die Wohnung eindringen wollte, gab Hemminger auf diese einen Schuß ab und tötete sich dann selbst. Schon vor Jahresfrist versuchte Hemminger dasselbe Unheil mit Gas. Hemminger war dem Trunke ergeben und seit einigen Tagen Witwer.

Göppingen, 11. Juni. (Brand.) Im Dachstuhl des Frauenhauses der Dr. Landererischen Heilanstalt ist infolge Explosion von Gas an einer nach längerer Zeit wieder in Betrieb gesetzten Leitung ein Brand ausgebrochen. Die Feuerwehr konnte die weitere Ausdehnung des Brandes verhindern und das Feuer nach kurzer Zeit löschen. Der Schaden ist gering.

Vangenargen, 11. Juni. (Evangelische Pfarrstelle.) Am hiesigen Orte wurde wegen der zunehmenden evangelischen Seelenzahl eine evangelische Pfarrverweserei eingerichtet.

Kohlstetten, O. A. Münstingen, 11. Juni. (Ein Fuß abgedrückt.) Kurz vor Arbeitschluss kam im hiesigen Schotterwerk (Blantenhorn) ein Stein ins Rutschen und drückte dem Arbeiter Johannes Rüdinger von Eglingen einen Fuß am Knoten ab.

Neustlingen, 11. Juni. (Ein Zigeunerbegräbnis.) Die kleine 6 Jahre alte Klara Raos, die durch einen Unglücksfall bei der Haidkapelle ihr Leben einbüßte, wurde beerdigt. Eine große Menge, die Zeuge sein wollte, wie das ankommende Volk seine Toten zu Grabe geleitet, war zugegen. Wohl 150 Zigeuner hatten sich eingefunden. Jede Sippe brachte einen Kranz oder Blumenstrauß, so daß der kleine Sarg mit Blumen ganz bedeckt war. Vor dem Sarg schritt der Vater des Kindes, von zwei Anverwandten geführt, ganz gedrohen, laut jammernd. Die Mutter, mit aufgelöstem Haar, schrie laut vor Schmerz, wollte sich auf den Schein ihres Kindes stürzen, so daß sie mit Gewalt zurückgehalten werden mußte. Unter Wehklagen und Jammer der vielen Stammesgenossen erreichte der Leichenzug die Ruhelstätte. Nach Einsegnung der Verstorbenen, Gebet und Segen des katholischen Priesters, senkte sich der Sarg in die Tiefe. Nun trat ein Stammesangehöriger heran und legte als letzten Gruß der „herumziehenden Gewerbetreibenden“ einen großen Strauß weißer Lilien am Grabe nieder. Unter den Leutenden bemerkte man auch den Zigeunerpatriarchen Reinhardt. Dann trat jeder aus dem Trauergefolge heran, ergriff den Weiswedel, um durch Besprengen des Sarges mit geweihtem Wasser der Verstorbenen die letzten Segenswünsche zuzusenden. Herzzerrend und aufregend war der Abschied von Mutter und Vater. Um weiteres Unglück zu verhüten, mußte das Grab sofort zugeschaufelt werden. Erst daraufhin verließ die braunen Wanderer den Friedhof.

Weinsberg, 11. Juni. (Weibertreu.) Kommt da am Sonntag ein Verein von der „Residenz“ mit dem Frühzug hier an und alles staunt und reißt die Augen und den Mund auf; die treuen Weiber stehen aufs Neue, wenn auch nur in einer Vertreterin. Eine wohlpostierte Stuttgarterin trug, getreu dem Vorbild ihrer Weinsberger Ahnen, auf dem Rücken ihren Mann, der auch gut überwinter hat, heraus aus dem Bahnhof.

Ulm, 11. Juni. (Eingemeindung von Wiblingen.) Der Eingemeindungsvertrag ist nunmehr von den Gemeinden Ulm und Wiblingen angenommen, so daß auch die Eingemeindung von Wiblingen nach Ulm als feststehende Tatsache betrachtet werden kann.

Vom Oberland, 11. Juni. (Heuernte.) Die Heuernte ist in vollem Gange. Sie liefert, vom schönsten Wetter begünstigt, nach Menge und Beschaffenheit ein sehr gutes Futter. Auch das Rübenlegen ist befriedigend verlaufen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Politischer Bierabend. Der preussische Ministerpräsident Braun hatte gestern zu einem politischen Bierabend eingeladen. Es waren Reichspräsident v. Hindenburg, Reichslanzler Dr. Luther und die Reichsminister Schiele, Dr. Geyler, Dr. Frenken und Stings erschienen. Ferner waren die seinerzeit in Berlin weilenden preussischen Minister anwesend sowie die Vorstände der Fraktionen des preussischen Landtags, sämtliche Gesandten der deutschen Länder sowie die führenden Redakteure der Großberliner und der auswärtigen deutschen Presse erschienen.

Keine Auswechslung der Bilder im Reichspräsidentenpalais. In einem Teil der Presse wird die Nachricht verbreitet, Reichspräsident von Hindenburg habe die im Hause des Reichspräsidenten vorhandenen gewesenen klassischen Bilder entfernen und durch Bilder militärischen Charakters ersetzen lassen. Diese Nachricht ist unrichtig. Die in dem Hause des Reichspräsidenten vorhandenen Bilder sind sämtlich dort verblieben.

